



Geschäftsbericht 2004- 2005

Präsidium

Bilanz

Die Jahre 2004 und 2005 waren bezüglich Volksabstimmungen und Wahlen die vielleicht erfolgreichsten, die die SP Schweiz je zu verzeichnen hatte. Von insgesamt 18 Volksabstimmungen gewannen wir elf, mehr als jede andere Partei. Noch wichtiger als dieser quantitative Aspekt war aber der qualitative: Wir stoppten an der Urne den von der rechtsbürgerlichen Mehrheit geplanten Umbau der Schweiz nach neoliberaler Muster. Die vereinigte Rechte erlitt mit ihren Prestigeprojekten Steuerpaket, 11. AHV-Revision und Avanti-Gegenvorschlag in allen Kantonen ein Debakel. Mit unseren Abstimmungserfolgen verhinderten wir aber nicht nur Rückschritte, sondern erreichten auch echte gesellschaftliche und aussenpolitische Fortschritte: Bezahlter Mutterschaftsurlaub, Partnerschaftsgesetz, gentechfreie Landwirtschaft und eine weitere Vertragsserie mit der EU.

Die hohe Akzeptanz, die wir mit unseren politischen Positionen weit über unsere Wählerschaft hinaus fanden, schlug sich in den Wahlen auf kantonaler und kommunaler Ebene nieder. Die SP legte in den meisten Kantonen an Wähleranteilen zu. Und es wiederholte sich, was anlässlich der Nationalratswahlen von 2003 festgestellt werden konnte: Die SP gewann oder verlor nicht mehr zu Lasten oder zu Gunsten der Grünen, wir gewannen gemeinsam. Das Ergebnis war eine Verschiebung des politischen Schwerpunktes nach links. Am deutlichsten zeigte sich das in den grossen Städten, in denen rot-grün auf exekutiver und oft auch legislativer Ebene über die Mehrheit verfügt. Linke Mehrheiten erreichten wir in den Regierungen der Kantone Basel, Genf und Neuenburg, im Frühjahr 2006 auch in Bern. Erstmals in der Geschichte der Schweiz ist die SP die stärkste Partei in den Kantonsparlamenten und Kantonsregierungen (Stand Frühjahr 2006).

Sehr viel Arbeit investierte die Partei in programmatische und konzeptionelle Arbeiten. Sie betrafen in erster Linie die Europaplattform, das neue Wirtschaftskonzept, die Revision des Parteiprogramms, das steuerpolitische Konzept und den Masterplan für die Gleichstellung. Intensive Vorarbeiten wurden zudem geleistet für die vom letzten Parteitag in Auftrag gegebene Volksinitiative zur Steuerharmonisierung und die Volksinitiative für eine Einheits-Krankenkasse. Da die Partei finanziell wieder gesund ist, konnte sie für

diese aufwändigen Arbeiten beachtliche finanzielle und personelle Ressourcen bereit stellen, so dass nicht mehr nur ehrenamtlich gearbeitet werden musste. Dennoch entfiel der Löwenanteil der Arbeit auf unentgeltliche Freiwilligenarbeit, die ich an dieser Stelle ausdrücklich und herzlich verdanken möchte.

Grosse Aufmerksamkeit widmeten wir auch der Organisationsentwicklung. Besonders zu erwähnen ist die Schaffung einer neuen Stelle für Fundraising, die die erfolgreich begonnene Spendensammlung ausserhalb der Mitgliedschaft noch professioneller fortsetzen soll. In Zusammenarbeit mit den Kantonalparteien wurden die Vorbereitungen für die neue Adressen- und Mobilisierungsdatenbank ADMO weitgehend abgeschlossen.

Hans-Jürg Fehr, Parteipräsident

hjfehr@spschweiz.ch

1. Geschäftsleitung

Geschäftsleitung & Delegiertenversammlungen

In der Berichtsperiode hielt die Geschäftsleitung 24 ordentliche Halbtagssitzungen ab. Zu Schwerpunktthemen tagte sie zusätzlich an drei Klausursitzungen. In der Geschäftsleitung herrscht ein gutes Arbeitsklima. Der Zeitbedarf für die Vorbereitungen der Sitzungen und die Sitzungspräsenz ist allerdings sehr gross und stösst – wie in der nationalen Politik – an die Grenzen des Milizsystems. In ihren Sitzungen verabschiedete die Geschäftsleitung verschiedene Vernehmlassungen und diskutierte politische und organisatorische Geschäfte.

Auf der organisatorischen Seite etwa konnte die Geschäftsleitung Ende 2004 nach zweijähriger Verhandlung einen Gesamtarbeitsvertrag GAV für das Sekretariat der SP Schweiz verabschieden. In Sozialpartnerschaft mit der Sektion NGO des VPOD und dank intensiver Mitarbeit der Personalvertretung des SP Sekretariates ist dieses Vertragswerk ein gutes Beispiel für eine fortschrittliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Dabei konnten einige politische Postulate der SP eingeführt werden, wie z.B. die Forderung nach sieben Wochen Ferien für in Ausbildungstehende und die Sozialplanpflicht.

Auf politischer Seite standen vor allem die beiden Parteitage und die fünf Delegiertenversammlungen auf der Traktandenliste der Geschäftsleitung. Die Organisation all dieser Anlässe war für das Zentralsekretariat eine grosse Herausforderung, die dank dem Einsatz aller Mitarbeitenden gut bewältigt werden konnte. An den verschiedenen Anlässen wurden folgende Themen behandelt:

ao. Parteitag März 2004: An einem ausserordentlichen Parteitag im März 2004 in Basel galt es, das Parteipräsidium neu zu besetzen. Hans-Jürg Fehr wurde als Nachfolger von Christiane Brunner zum Parteipräsidenten gewählt. Mit Ursula Wyss (BE) und Pierre-Yves Maillard (VD) wurde auch ein neues Vize-Präsidium gewählt. Daneben stand eine Diskussion zur politischen Situation nach der Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003 im Zentrum des eintägigen Parteitages.

DV Juni 2004: Im Zentrum der DV in Schaffhausen stand die Verabschiedung des Strompapiers „Neue Atomkraftwerke: Nie wieder!“. An derselben DV fassten die Delegierten vier Ja-Parolen: Ja zum Erwerbsersatz bei Mutter-

schaft für die ersten 14 Wochen nach der Niederkunft. Ja zur erleichterten Einbürgerung für junge AusländerInnen der zweiten Generation. Ja zum Schweizer Bürgerrecht bei Geburt für die Kinder dieser Second@s. Und ein Ja zur Poststellen-Initiative im Inte-

resse eines qualitativ hochstehenden Service public auch in Randregionen.

Parteitag Oktober 2004: Der ordentliche Parteitag 2004 befasste sich mit Positionspapieren zu „Europa“ und zur „Umverteilung und Gleichstellung“.

DV März 2005: In La Chaux-de-Fonds stand als Schwerpunkt eine Debatte zu 10 Thesen zur Regionalpolitik auf der Traktandenliste. Daneben diskutierten die Delegierten die Abstimmungsvorlagen „Schengen/Dublin“ und „Partnerschaftsgesetz“ und beschlossen zu beiden Vorlagen äusserst deutlich die Ja-Parole.

DV Juni 2005: Die Delegiertenversammlung vom Juni 2005 in Fribourg widmete sich dem Thema der Integration. Dabei trugen zehn eingebürgerte Frauen und Männer aus zehn verschiedenen Ländern persönliche Statements zur Integration vor und stellten Forderungen in diesem Bereich auf. Zudem beschlossen die Delegierten mit grosser Mehrheit die JA-Parole zur Personenfreizügigkeit. Daneben sprachen sich die Delegierten einstimmig für die Unterstützung der Volksinitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes für ein flexibles Rentenalter ab 62 Jahren aus.

DV September 2005: Im Zentrum der Delegiertenversammlung vom September 2005 (Rapperswil SG) stand die Verabschiedung des hochschulpolitischen Positionspapiers. Die Delegierten fassten zudem die Ja-Parole zur Gentechfrei-Initiative und beschlossen ein Nein zur Änderung des Arbeitsgesetzes (Sonntagsarbeit). Ein weiterer Schwerpunkt dieser DV war die Wahl des neuen Generalsekretärs. Als Nachfolger des zurücktretenden Reto Gamma wählte die DV Thomas Christen.

DV November 2005: Die Delegiertenversammlung vom November 2005 in Bern verabschiedete die ersten sechs Kapitel der neuen Europa-Plattform. Mit dieser Positionierung strebt die Partei mittelfristig den EU-Beitritt an. Im Weiteren sprachen sich die Delegierten

klar für das Lancieren des Referendums gegen die Revision des Asylgesetzes aus, das unvereinbar mit der humanitären Tradition der Schweiz ist und unterstützten ebenfalls klar das Referendum gegen das Ausländergesetz.

*Generalsekretär: Thomas Christen,
tchristen@spschweiz.ch*

2. SP-Fraktion der Bundesversammlung

Die SP-Fraktion trifft sich während den dreiwöchigen Sessionen jeden Dienstagnachmittag zu einer Sitzung im Bundeshaus und vor jeder Session zu einer zweitägigen vorbereitenden Fraktionssitzung. Sitzungen ausserhalb von Bern führten uns am 10./11.9.04 nach Aarau und am 9./10.9.05 nach Winterthur. Der Fraktionsvorstand trifft sich vor den Fraktionssitzungen zu einstündigen Sitzungen, am Abend des ersten Sessionstages zu einer längeren Sitzung. Neben den aktuellen Parlamentsgeschäften werden politische Schwerpunkte diskutiert, auch mit Gästen. Eine Auswahl der Schwerpunkte der Berichtsperiode: Betäubungsmittelgesetz, Patentgesetz, Handlungsgrundsätze des IKRK, WTO, Bilaterale II (mehrfach), Kohäsionsbeitrag, Stromversorgung (mehrfach), Raumplanung, Nationalbankgold, Entlastungsprogramm 04, Steuerpolitik der SP Schweiz, Asylgesetz, Ausländergesetz, KVG (mehrfach), Familienpolitik, Sprachen an den Volksschulen.

Die frühzeitige Information und Diskussion in kurzen Info-Blöcken von Themen, in denen wir nicht unmittelbar entscheiden müssen, hat sich bewährt.

Die Verantwortlichen der Delegationen in den parlamentarischen Kommissionen treffen sich pro Session einmal, um miteinander Schwerpunkte für die Fraktion festzulegen und Arbeiten zu koordinieren.

Jeweils anfangs Jahr nimmt sich die Fraktion in einer zweitägigen Retraite Zeit für die politische Arbeit ausserhalb der Tagesgeschäfte im Parlament:

30./31.1.04 Thun: Thema „Arbeit in der neuen Legislatur“; mit den Arbeitsgruppen Ausenpolitik, Chancengleichheit von Frau und Mann, Wirtschaft & Finanzen, Sicherung der Sozialwerke, Umweltoffensive sowie mit einem allgemeinen Teil zum Thema Opposition und Allianzen.

28./29.1.05 Andermatt: Thema „Stadt – Land“; mit Workshops zu Landwirtschaft, Integration von MigrantInnen, Wirtschafts- und

Tourismuspolitik, Gesundheitspolitik, Service public.

Einmal jährlich trifft sich die Fraktion mit der SP-Gruppe des Bundespersonals zu einem Meinungsaustausch mit anschliessendem Apéro.

Im März 05 fand zum ersten Mal ein Fraktionstreffen mit den Grünen statt beim rot-grünen Abend. Thema: Erfolgreiche Modelle der rot-grünen Zusammenarbeit in den Städten Basel, Bern, Genf und Zürich. Diese rot-grünen Abende sollen fortgesetzt werden.

Auch für 2004/2005 gilt, dass die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Fraktionen schwierig ist. Der Druck der SVP auf FDP und CVP hält an und lässt wenig Spielraum für Lösungen, die wir mittragen können. Hinzu kommt die neue Zusammensetzung des Bundesrates: BR Blocher betreibt seine Politik der Abschottung und der Aushungerung des Staates auch in seiner neuen Funktion. Die anderen bürgerlichen Bundesräte

hindern ihn kaum daran oder helfen gar aktiv mit. Es zeigt sich, wie wichtig die Präsenz von SP-Mitgliedern im Bundesrat ist. Einige Erfolge können wir trotzdem verbuchen: Partnerschaftsgesetz, Entschädigung für Opfer von Zwangssterilisationen, Fachhochschulgesetz, Bilaterale II und Ausdehnung der Personenfreizügigkeit, Anschluss der West- und Ostschweiz ans europ. Eisenbahn-Hochleistungsnetz, Bildungsrahmenartikel, Binnenmarktgesetz, Kinderzulagen, Abkommen gegen Kinderprostitution und –pornographie, zusätzliches Schutzzeichen der Genfer Abkommen (Roter Kristall) passierten die Schlussabstimmung, und die Volksinitiative „Gentechnikfrei“ wurde vom Volk angenommen.

Zusammensetzung des Fraktionspräsidiums seit Dezember 2003: Präsidentin : Hildegard Fässler

Vizepräsidenten: Andrea Hämmerle, Pierre-Alain Gentil (bis Dez. 05), Alain Berset (ab Jan. 06)

Am 6. Mai 2005 starb unser Thurgauer Fraktionskollege Jost Gross bei einem Fussballspiel im Rahmen des Vierländerturniers des FC Nationalrat in Deutschland. Wir verlieren mit Jost einen ausgewiesenen Kenner unserer Sozialwerke, einen hervorragenden Juristen, einen auch in den anderen Fraktionen geschätzten Fachmann und Brückenbauer, aber auch einen guten Kollegen und Menschen mit Herz und Humor. Noch in der Frühlingssession 05 feierten wir bei einem Glas Wein seinen 59. Geburtstag. Jost fehlt uns; er ist nicht zu ersetzen. Wir trauern um ihn, zusammen mit seiner Partnerin Anita Thanei.

Die SP-Fraktion stellt in der 47. Legislaturperiode (2003-2007) 61 Mitglieder, davon 52 im National- und 9 im Ständerat. In den Jahren 2004-2005 fanden folgende Wechsel statt:

Im Herbst 2004 traten die Nationalräte Rudolf Strahm (nach seiner Ernennung zum Preisüberwacher) und Pierre-Yves Maillard (nach seiner Wahl in die Waadtländer Regierung) zurück. Im November 2004 konnten Hans Stöckli und Roger Nordmann als deren Nachfolger im Nationalrat nachrücken. Im Mai 2005 folgte Edith Graf-Litscher für den verstorbenen Jost Gross. Im Ständerat kam es im November 2005 ebenfalls zu einem Wechsel: Pierre Bonhôte konnte den Sitz von Jean Studer, der nach seiner Wahl in die Neuenburger Exekutive als Ständerat zurückgetreten ist, in der Volkswahl erfolgreich verteidigen.

*Fraktionspräsidentin: Hildegard Fässler-
Osterwalder,
hfaessler@spschweiz.ch*

2.1. Zusammensetzung der SP-Fraktion der Bundesversammlung**Nationalrat 2004-2005**

Allemann Evi BE
 Béguelin Michel VD
 Banga Boris SO
 Berberat Didier NE
 Bruderer Pascale AG
 Cavalli Franco TI
 05)
 Daguet André BE *
 Dormond Béguelin Marlyse VD
 Fässler Hildegard SG * (Fraktionspräsidentin)
 Fehr Hans-Jürg SH *
 Dez. 05)
 Fehr Jacqueline ZH *
 Fehr Mario ZH
 Galladé Chantal ZH
 Garbani Valérie NE
 Goll Chistine ZH
 Graf-Litscher Edith TG (ab 30.5.2005)
 Gross Andreas ZH
 Gross Jost TG (verstorben am 6.5.2005)
 Günter Paul BE “
 Gyr Josi SZ
 Gysin-Heidig Remo BS
 Haering Barbara ZH *
 Hämmerle Andrea GR * (Vizepräsident Fraktion)
 Heim-Niederer Bea SO
 Hofmann Urs AG *
 Hubmann Vreni ZH
 Janiak Claude BL (NR-Präsident 28.11.05-4.12.06)
 Jutzet Erwin FR
 Kiener Nellen Margret BE
 Leutenegger Oberholzer Susanne BL
 Levrat Christian FR *
 Maillard Pierre-Yves VD (bis 29.11.04)
 Marti-Kamm Werner GL
 Marty Kälin Barbara ZH
 Maury Pasquier Liliane GE *
 Müller-Hemmi Vreni ZH
 Nordmann Roger VD (ab 30.11.04)
 Pedrina Fabio TI
 Rechsteiner Paul SG *
 Rechsteiner Rudolf BS
 Rennwald Jean-Claude JU
 Rey Jean-Noël VS
 Rossini Stéphane VS
 Roth-Bernasconi Maria GE
 Salvi Pierre VD
 Savary Géraldine VD
 Schenker Silvia BS
 Sommaruga Carlo GE *
 Strahm Rudolf H. BE (bis 18.6.2004)
 Stöckli Hans BE (ab 20.9.2004)
 Stump Doris AG
 Thanei Anita ZH
 Vermot-Mangold Ruth-Gaby BE
 Vollmer Peter BE

National-/Ständerat

Widmer Hans LU
 Wyss Ursula BE

Ständerat 2004 - 2005

Berset Alain FR * (Vizepräsident ab Dez.
 Bonhôte Pierre NE (ab 5.12.05)
 Brunner Christiane GE
 Fetz Anita BS
 Gentil Pierre-Alain JU * (Vizepräsident bis
 Leuenberger Ernst SO
 Ory Gisèle NE
 Sommaruga Simmonetta BE
 Studer Jean NE (bis 28.11.05)

* Mitglieder Fraktionsvorstand

*Fraktionssekretärin: Petra Maurer,
 pmaurer@spschweiz.ch*

3. SP in den Kantonsparlamenten

Kanton	letzte Wahlen	Datum nächste Wahlen	Sitze	SP-Sitze	SP Plus-Minus	Frauen SP	Männer SP	Frauen SP in %	Stärke SP %	Plus-Minus
AG	2005	2009	140***	30		19	11	63.3	20	1.4
AI*/**	2003	2007	49							
AR**	2003	2007	65							
BE	2006	2010	160***	42		20	22	47.6	24	-2.4
BL	2003	2007	90	25	0	9	16	36	25.9	1.1
BS	2004	2008	130	46	7	26	20	56.5	31.4	5.4
FR	2002	2006	130	26	-6	11	15	42.3	19.6	-3.6
GE	2005	2009	100	17	-2	9	8	52.9	14.6	-3.2
GL	2002	2006	80	12	-3	1	11	8.3	18.7	3
GR**	2003	2007	120	13	0		5	8		
JU	2002	2006	60	15	0	6	9	40	23.9	1.9
LU	2003	2007	120	16	4	10	6	62.5	11.6	1.9
NE	2005	2009	115	41	2	18	23	43.9	32.9	1.3
NW	2006	2010	60	1	-1	0	1	0	3.2	*****
OW	2006	2010	55	6	-2	2	4	33.3	13.9	-1.4
SG	2004	2008	180	35	8	20	15	57.1	17.1	1
SH	2004	2008	80	24	3	10	14	41.7	27.2	0.6
SO	2005	2009	100***	25		7	18	28	24.9	-0.3
SZ	2004	2008	100	15	4	5	10	33.3	15.3	3
TG	2004	2008	130	23	1	14	9	60.9	15.6	-0.1
TI	2003	2007	90	16	1	4	12	25	17.6	1.1
UR**	2004	2008	64	8	-1	4	4	50		
VD	2003	2007	180	46	0	17	29	37	23.8	-0.4
VS	2005	2009	130	17	-1	9	8	53	16****	2.5****
ZG	2002	2006	80	9	0	3	6	33.3	8.3	2.3
ZH	2003	2007	180	53	10	27	26	50.9	26.5	4.4

*) In AI gibt es im Grossen Rat keine Fraktionen und die Parteizugehörigkeit der Grossräte spielt keine Rolle. Daher ist ein Vergleich der Parteienstärke nicht möglich

Es wird der Stand am Wahltag angezeigt.

In den Kantonen Appenzell I.Rh. und Appenzell A.Rh ist eine Parteizuordnung nicht möglich.

UR, AI, AR, GR: Prozentzahlen nicht ermittelbar, da in vielen oder allen Wahlkreisen Majorzwahlen stattfinden.

*** AG: Verkleinerung des Parlamentes von 200 auf 140 Sitze; SO: Verkleinerung des Parlamentes von 144 auf 100 Sitze

BE: Verkleinerung des Parlaments von 200 auf 160 Sitze

*** Hier wurde auf eine Angabe von "SP Plus-Minus" verzichtet

**** Prozentzahl enthält auch die Anteile der Grünen und der Christlich-sozialen Partei

***** Vergleich nicht möglich, da 2002 eine Listenverbindung mit dem Demokratischen Nidwalden bestand

Explications:

Etat au jour du scrutin.

Dans les deux demi-cantons d'Appenzell, il n'est pas possible de répartir les mandats par partis.

UR, AI, AR, GR: Pourcentages impossibles à calculer, de nombreux arrondissements électoraux (voire la totalité) recourant au système majoritaire.

Kampagnenverantwortlicher: Peter Lauener, plauener@spschweiz.ch

4. Bericht der SP Frauen

Menschen

Um die NachfolgerInnen an die Parteispitze zu wählen, findet im März 2004 ein ausserordentlicher Parteitag statt: Neue Vizepräsidentin wird die Nationalrätin Ursula Wyss. Der neue Parteipräsident, Hans-Jürg Fehr, verspricht den Frauen, dass die Gleichstellung der Geschlechter für ihn ein wichtiges Ziel ist. Aus beruflichen und persönlichen Gründen tritt die Co-Präsidentin der SP-Frauen, Gabriella Andina, im Juni 2004 zurück. Zu ihrer Nachfolgerin wird Julia Gerber Rüegg, Kantonsrätin aus dem Kanton Zürich, gewählt.

Frauenvorstand

Im Jahr 2004 finden vier ordentliche und wegen der Wahlen ins Parteipräsidium eine ausserordentliche Sitzung des Frauenvorstandes statt. Die neue Organisationsform, weniger Vorstandssitzungen dafür mehr Bildungs- und Vernetzungsveranstaltungen, sowie die Öffnung der Veranstaltungen für alle Interessierten, bewährt sich auch im zweiten Jahr. Besonders positiv zu vermerken ist, dass mehr Teilnehmerinnen aus der Romandie an den Sitzungen aktiv mitmachen.

An den vier Vorstandssitzungen im Jahr 2005 werden die anstehenden Abstimmungsvorlagen diskutiert. Weitere Schwerpunktthemen sind „Zeitgerechte Frauenstrukturen“, „Integration und Gleichstellung“ und Fragen rund um die Friedens- und Sicherheitspolitik mit Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

Projekte und Bildungsveranstaltungen

Viele der neuen Mitglieder melden sich bei den SP-Frauen, sie wollen mehr über die Partei wissen. Darum wird im April 2004 kurzfristig eine Bildungsveranstaltung für Frauen organisiert, „Partei und Politik“. Der Anlass wird zum Grosse Erfolg und wird 2005 mit fast 60 TeilnehmerInnen erneut durchgeführt.

Im Juni präsentiert der neue Parteipräsident seine 12 Thesen zu einer neuen Gleichstellungspolitik. In der Folge genehmigt der Parteitag im Oktober auf Antrag der SP-Frauen Schweiz einstimmig einen Kredit von Fr. 25'000.- für die Entwicklung eines „Masterplans für die Gleichstellung von Frau und Mann“. Von den SP-Frauen Schweiz wird die überparteiliche Zusammenarbeit der Frauen initiiert. Ab dem Jahr 2004 treffen sich Vertreterinnen von CVP, EVP, FDP, Grünen, LPS, SVP und SP zu informellen Treffen. Im April 2005 organisieren sie eine überparteiliche Veranstaltung zum Thema „Quoten“. Weitere

erwähnenswerte Veranstaltungen im Jahr 2005 sind die Filmmatinée „Sottosopra“. Im August üben sich 24 Teilnehmerinnen unter der kundigen Leitung von Fachfrauen in kompetentem und elegantem Auftreten. „Spiele statt Spielchen“ stehen im Oktober auf dem Programm. Anhand von altbekannten Spielen

entwickeln über 30 Politikerinnen Strategien für den politischen Alltag.

Vernetzungstag und Frauenkonferenz

Das Thema des Vernetzungstages im Mai 2004 lautet „Internationale Arbeit“. Fast 100 Frauen nehmen an der Veranstaltung mit prominenten Referentinnen aus dem In- und Ausland teil. Am 30. April 2005 treffen sich rund 50 SP-Frauen zur ordentlichen Frauenkonferenz. Die statutarischen Geschäfte sind rasch erledigt. Der zweite Teil steht unter dem Thema „Frau und Medien“.

Vernetzungstage und Frauenkonferenzen bedeuten grossen finanziellen und personellen Aufwand für die SP-Frauen. Aus dem normalen Budget könnten sie nie finanziert werden. Dank Beiträgen aus den Legaten Marie Boehlen und SAF/Brusata ist die Durchführung jedoch möglich.

*Zentralsekretärin SP Frauen, stv. Generalsekretärin: Katrin Scheidegger-Ogi,
kscheidegger-ogi@spschweiz.ch*

5. JUSO Schweiz

« La libération des travailleurs ne pourra être que l'œuvre des travailleurs eux-mêmes » Karl Marx, *Considérants des statuts de la première Internationale*.

2004

L'année 2004 a débuté pour la JS Suisse, comme pour de nombreuses sections du PS Suisse, par un débat sur l'orientation que devait prendre le PS Suisse. Lors de l'assemblée annuelle 2004, Werner Marti et Hans-Jürg Fehr, alors candidats au poste de président du Parti socialiste suisse, se sont exprimés devant plus de 100 délégué-e-s de la JS Suisse. La présentation a été l'occasion de discuter, peu de temps après l'élection de Blocher et Merz au Conseil fédéral, de la stratégie que devait suivre le PS Suisse en matière de participation aux responsabilités gouvernementales. La résolution de l'Assemblée annuelle de la JS Suisse, présentée et défendue devant le Congrès du 6 mars 2004 à Bâle, n'a pas obtenu la faveur des délégué-e-s du PS Suisse. La JS Suisse a estimé son action positive, en ce sens que le débat sur la participation gouvernementale du PS Suisse a pu être mené et qu'une nouvelle évaluation a été promise pour l'année 2006.

L'assemblée de mars de la JS Suisse a décidé de mener la campagne contre le « paquet fiscal » et contre le contre-projet « Avanti ». Les délégué-e-s de la JS Suisse se sont résolus à soutenir une hausse de la TVA, conscient-e-s que cet impôt n'est pas social, mais que l'Al avait besoin de ressources supplémentaires. Les campagnes de la JS au sein du « comité jeunesse contre le paquet fiscal » et « STOP au démantèlement social » ont eu un effet positif dans les médias.

Les assemblées des délégué-e-s d'avril et mai ont été consacrées respectivement à la politique d'agglomération et au syndicalisme. La JS Suisse a décidé de s'opposer vigoureusement aux taxes d'études dans un papier de position adopté en mai. C'est un mois plus tôt, en avril, que Claudio Marti a annoncé son départ du secrétariat central de la JS Suisse. Il sera remplacé en août 2004 par Arnaud Bouverat, lequel restera au poste de secrétaire central jusqu'en octobre 2005.

Après son assemblée des délégué-e-s de juin, la JS Suisse a décidé de soutenir les projets de naturalisations facilitées pour les étranger-e-s de la deuxième et troisième génération, considérant qu'un pas devait être accompli en direction de l'intégration des personnes vivant en Suisse depuis longtemps. La cam-

pagne de la JS Suisse « United colors of Switzerland », qui prônait un message d'ouverture de la Suisse, a certes eu un bon écho médiatique, même si la campagne

haineuse de l'UDC a hélas porté ses fruits. Lors de la même votation, et avec une campagne d'un ton humoristique de la JS Suisse, un grand progrès social a été accompli dans notre pays avec l'acceptation en votation populaire du projet de congé maternité.

La fin de l'année 2004 a été consacrée à la campagne de la JS Suisse contre la nouvelle péréquation financière de la Confédération. En 2004 enfin, la JS Suisse a eu la satisfaction d'accueillir plusieurs nouvelles sections (Thoune et Amt Willisau).

2005

Plusieurs campagnes ont rythmé l'année 2005 : avec un tract en forme de cœur et avec le slogan « c'est l'amour qui compte ! », la JS Suisse a soutenu le projet de partenariat enregistré entre couples du même sexe. Son affiche « Plombiers de tous les pays, unissez-vous » insistait sur l'importance de renforcer la protection des travailleur-euse-s en Suisse, qu'ils/elles soient suisses ou ressortissant-e-s de l'UE : c'est en ce sens que la JS Suisse a soutenu l'extension de la libre circulation des personnes pour les ressortissant-e-s des nouveaux pays membres de l'UE. En novembre 2005, la campagne « Le dimanche, c'est pas fait pour travailler ! », slogan illustrant une photo d'un couple au lit, montrait notre engagement contre l'extension du travail du dimanche.

Par ailleurs, la JS a en 2005 adopté deux papiers de position, l'un critique envers le projet de Constitution européenne, et de manière générale contre la dynamique néolibérale adoptée par l'Union européenne. Elle a aussi adopté un deuxième papier précisant comment la JS Suisse entendait aboutir à la suppression de l'armée Suisse.

En octobre 2005, la JS Suisse a élu Cédric Wermuth et Arnaud Thiéry au secrétariat central, en remplacement d'Arnaud Bouverat. Cette assemblée, à laquelle ont participé 110 délégué-e-s, a permis de discuter du thème du dépassement du capitalisme. La JS Suisse a réaffirmé que le programme de la gauche ne peut se concevoir que comme un projet présentant une réelle alternative au système économique dans lequel nous vi-

vons. La JS Suisse considère que le capitalisme, malgré les changements qu'il a subi au cours de l'histoire, reste un système injuste et basé sur l'exploitation. La tâche fondamentale de la gauche n'est pas d'adapter

le système en vigueur, mais bien de changer fondamentalement les règles du jeu !

*Arnaud Thiéry, secrétaire central
Cédric Wermuth, Zentralsekretär
info@juso.ch*

6. Fachkommissionen

6.1 Aussenpolitik

Die Fachkommission hiess im ersten Berichtsjahr noch Kommission für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, konzentrierte sich aber in ihrer Arbeit bereits damals ganz auf die Europapolitik und vertraute die Friedens- und Sicherheitspolitik einer entsprechenden Arbeitsgruppe an. Diese wurde im zweiten Berichtsjahr wieder zu einer eigenständigen Fachkommission aufgewertet (siehe Kapitel **6.2**). Mit der Reorganisation ging das Präsidium der Fachkommission für Aussenpolitik von Laurent Goetschel auf Evi Allemann über; der Vize-Präsident, Mario Fehr, wurde in seinem Amt bestätigt.

Die Fachkommission erarbeitete im ersten Berichtsjahr ein Positionspapier zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU, ein Positionspapier zur Assoziation der Schweiz an die Übereinkommen von Schengen und Dublin, sowie ein Positionspapier zur Europapolitik generell, das die Geschäftsleitung in überarbeiteter Form dem Parteitag vom 23./24. Oktober 2004 in Brig unterbreitete. Zudem diskutierte die Fachkommission im Juni 2004 ein erstes Mal den Kohäsionsbeitrag der Schweiz und dessen Finanzierung. Bis zum Ende des zweiten Berichtsjahres stand danach die Erarbeitung der neuen Europa-Plattform im Zentrum der Arbeit; es

referierte u. a. Serge Gaillard zum Thema Währungsunion/Euro.

Weitere Themen betrafen die Landwirtschaft und die WTO (es referierten Luzius Wasescha und Matthias Meyer). Die Debatte fand gemeinsam mit der Fachkommission für Landwirtschaft statt), das Acht-Punkte-Programm des Globalen Progressiven Forums, die Stärkung der internationalen Vernetzung der SP Schweiz, der Bericht über globale öffentliche Güter (Referentin: Andrea Ries), der Beitrag der Schweiz zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (ReferentInnen: Andrea Ries und Pepo Hofstetter), das Freihandelsabkommen mit den USA (Referent: Remo Gysin; dazu Verabschiedung eines Positionspapiers), der Kohäsionsbeitrag der Schweiz – aber nicht auf Kosten der Entwicklungshilfe (Referentin: Michèle Laubscher; dazu Hintergrundpapier) und die Doha-Runde in der WTO (Grundlage: 20 Thesen der SP Fraktion).

*Präsidentin: Evi Allemann
(bis Frühjahr 2005: Laurent Goetschel)
Politischer Fachsekretär: Peter Hug,
phug@spschweiz.ch (seit 16. August 2004;
bis März 2004: Andrea König)*

6.2 Friedens- und Sicherheitspolitik

Die Fachkommission für Friedens- und Sicherheitspolitik war formell bis Anfang des zweiten Berichtsjahres eine Arbeitsgruppe der Kommission für Aussen-, Friedens- und Sicherheitspolitik, arbeitete aber während der gesamten Berichtsperiode weitgehend selbständig. Die Arbeitsgruppe wurde im zweiten Berichtsjahr wieder zu einer Fachkommission aufgewertet (siehe auch Kapitel **6.1**). Präsident war durchgehend Paul Günter, Vize-Präsidentin Barbara Haering. Vier grosse Themen standen im Vordergrund:

1. Abschaffung der Wehrpflicht: Die Fachkommission diskutierte am Anfang der Berichtsperiode ein Papier der Arbeitsgruppe Alter der SP Zürich zum Gemeinschaftsdienst und entwickelte dieses – teilweise im Rahmen einer ad-hoc Arbeitsgruppe – zu einem Positi-

onspapier für einen freiwilligen Zivildienst weiter. Die Fachkommission wirkte zudem an der Vorbereitung und Durchführung der grossen Fachtagung "Alternativen zur Wehrpflicht" mit, die am 21. Januar 2005 in Bern mit über 120 Personen aus Politik, Behörden und weite-

ren Institutionen erfolgreich durchgeführt werden konnte.

2. Armee reform: Teilweise gestützt auf die Ergebnisse der erwähnten Tagung und mit Unterstützung einer ad-hoc Arbeitsgruppe Militärreform erarbeitete die Fachkommission ein umfassendes Konzeptpapier "Armee-Abbau und -Umbau statt blosse Anpassungen", das die SP am 27. Mai 2005 an einer Medienkonferenz vorstellte. Anschliessend

begleitete die Fachkommission die Umsetzung dieses Konzeptpapiers.

3. Wieder-Ingangsetzung der Revision Waffengesetz: Nach zwei Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Waffengesetzes aus den Jahren 2002 und 2003, die noch Bundesrätin Metzler durchgeführt hatte, musste nach dem Amtsantritt von Bundesrat Blocher ein völliger Stillstand in diesem Dossier befürchtet werden. Die Fachkommission beschäftigte sich mit Möglichkeiten zur Wieder-Ingangsetzung der Revision des Waffengesetzes, begleitete die Schengen-bedingte Revision des Waffengesetzes und erarbeitete Positionen für weitergehende Schritte.

4. Innere Sicherheit: Die Fachkommission diskutierte – teilweise unter aktiver Mitwir-

kung der SP-Fachleute aus den Gemeinden und Kantonen – mehrere Entwürfe eines umfassenden Konzeptpapiers zur inneren Sicherheit und einer sozialdemokratischen Polizeipolitik.

Weitere Themen bildeten die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU und die skandalöse Kriegsmaterialexportpolitik des Bundesrates.

*Präsident: Paul Günter
Politischer Fachsekretär: Peter Hug,
phug@spschweiz.ch (seit 16. August 2004;
bis März 2004: Andrea König)*

6.3 Landwirtschaft

Die Landwirtschaftskommission vereinigt eine kleine, aber sehr engagierte Gruppe von Bauern/Bäuerinnen, AgronomInnen und landwirtschaftspolitisch Interessierten mit anderem beruflichen Hintergrund. In der Berichtsperiode tagte die Kommission wie üblich vierteljährlich und behandelte folgende Themen:

SP-Positionspapier zur Berglandwirtschaft (Entwurf, parteiinterne Vernehmlassung). Weiterentwicklung der SP-Positionen zur Landwirtschaftspolitik über die AP 2007 hinaus (Ausstieg aus der Milchkontingentierung ab 2006/2009, Revision des Direktzahlungssystems, Sparprogramm 2004). Mobilisierung der Landwirtschaft gegen das Steuerpaket. Allfällige Nachführung der „10

Forderungen der SP Schweiz zur Landwirtschaftspolitik“ von 2001. Landwirtschaft und WTO (mit Luzius Wasescha und Matthias Meyer, seco, zusammen mit der Fachkommission Aussenpolitik). Stand der Ökologie in der Landwirtschaft (mit Stephan Müller, Bupal, und Roger Biedermann, Kantonschemiker SH). Modell für eine „Wirkungsorientierte Landwirtschaft“ (mit Andreas Bosshard, Ö+L Büro für Ökologie und Landwirtschaft, Oberwil-Lieli ZH). Ziele und Positionen von BioSuisse (mit Stefan Odermatt, Geschäftsführer). Agrarpolitik 2011 (Vernehmlassungsantwort, mit Manfred Bötsch, Direktor Bundesamt für Landwirtschaft.

*Präsidentin: Hildegard Fässler-Osterwalder (bis Juni 2005)
Präsident: Andrea Hämmerle (ab Juni 2005)
Politischer Fachsekretär: Matthias Manz, mmanz@spschweiz.ch*

6.4 Arbeitsgruppe Lesben und Schwule

Die Fachkommission setzt sich innerhalb der SP Schweiz für die Anliegen von Lesben und Schwulen ein und trägt die Idee der SP in die homosexuelle Gemeinschaft.

Im Rahmen der Wahlplattform 2003 hat die SP Schweiz auf Antrag der Fachkommission ihre Ziele im Bereich der lesbischen und schwulen Anliegen konkretisiert. Auf dem Weg zur vollständigen Gleichstellung Homosexuel-

ler wurde damals ebenfalls die Forderung nach einem Partnerschaftsgesetz mit ehgleichen Wirkungen gestellt.

Das Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, welches im Sommer 2004 im Ständerat als zweitem Rat verabschiedet wurde, ist ein Meilenstein hin zu dieser Gleichstellung. Um sicher zu gehen, dass das Partnerschaftsgesetz jedoch auch nach dem durch kirchlich-fundamentale Kreise ergriffe-

nem und zustande gekommenem Referendum auch vor dem Volk bestehen würde, haben wir einen Grossteil unserer Energie in diesen Bereich gesteckt.

Um die einzelnen Sektionen und Gruppierungen innerhalb der SP auf den Abstimmungskampf einzustimmen, führten wir schweizweit Besuche durch und informierten die Sektionen über den Inhalt und die Bedeutung des Gesetzes. Vereinzelt Vorbehalte gegen das Gesetz aus den eigenen Reihen zeigten, dass auch in der SP, welche sich von allen grossen Parteien am stärksten für die Belange von Lesben und Schwulen einsetzt, zuweilen Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit geleistet werden musste und muss.

In sehr guter Zusammenarbeit mit dem Kampagnenleiter und heutigen Generalsekretär Thomas Christen konnten wir eigene Ideen und Anregungen einbringen, so dass schliesslich eine für die SP wie für die Fachkommission erfolgreiche Kampagne, sowohl an Plakawänden als auch auf der Strasse, durchgeführt werden konnte.

Die 1'557'671 JA-Stimmen, welche 58.0% der am 5. Juni 2005 abgegebenen Stimmen entsprechen, zeigen, dass dieses Engagement richtig und wichtig war. Mit dem schweizerischen Partnerschaftsgesetz wurde weltweit erstmals über ein solches Gesetz auf Staatsebene durch Volksabstimmung abgestimmt.

Trotzdem ist das Partnerschaftsgesetz nur ein Meilenstein – es selbst benachteiligt gleichgeschlechtliche Paare gegenüber von Ehepaaren immer noch und es kann daher nicht von ehgleichen Wirkungen gesprochen werden, wie dies zum Beispiel in den Niederlanden oder Belgien der Fall ist. Auch in anderen Bereichen sind noch viele solcher Meilensteine zu überwinden, um das Ziel der rechtlich umfassenden Gleichstellung von Lesben und Schwulen zu erreichen.

Diese heissen beispielsweise strafrechtlicher Schutz vor Diskriminierungen, Verfolgung wegen sexueller Identität als Asylgrund oder Verankerung von Homosexualität in Lehrplänen.

Co-Präsidium: Brigitte Rössli und Lars Baumgartner

6.5 Migration und Integration

Séances : 3 à 4 par an, généralement le premier mardi de la session parlementaire, à 18h30

1. Contenu général de l'ordre du jour :

- Informations générales (presse, associations venant en aide aux étrangers, manifestations nationales et internationales).

- Informations sur le travail parlementaire en cours.
- Discussion de fond sur un dossier prochainement examiné par le Parlement ou devant faire l'objet d'une prise de position du parti. En règle générale, un-e spécialiste est invité.

2. Thèmes traités durant la période 2005 – 2006 : points forts

A chaque séance, chacun des thèmes suivants est discuté ; au moins sous forme d'information générale.

- **Loi sur les étrangers** : 2005-2006 : La commission a été informée des développements de ce dossier, en particulier de la fin des travaux du Parlement et du détail de la campagne référendaire.
- **Révision de la loi sur la nationalité** (lv pa Pfisterer): 2006 : La commission a pris connaissance de ce projet de révision. Elle a à cette occasion entendue Monsieur Schärer, spécialiste de la question auprès de l'office de la migration (OFM). Elle a débattu des avantages et désavantages que présente ce projet, notamment en relation avec l'lv pop UDC qui prévoit de donner la compétence de décider qui octroie la naturalisation aux seules communes.
- **Révision de la loi sur l'asile** : 2005-2006 : La commission a été informée des développements de ce dossier, en particulier de la fin des travaux du Parlement et du détail de la campagne référendaire. Des discussions préliminaires ont déjà eu lieu sur les arguments qu'il faudrait opposer aux partisans de cette loi durant la campagne.
- **Sans-papiers** : 2005 : La commission a tenu une séance de travail sur la question de l'intégration des sans papiers, en particulier des jeunes. Elle a constaté que ces deux thèmes deviennent antinomique à partir du moment où l'on parle d'une intégration conséquente et que, dès lors la seule mesure concrète que l'on se doit de prendre est celle d'une régularisation.
- **Intégration** : 2005-2006 : Durant toute l'année 2005, la commission s'est muée en groupe de travail « Intégration ». Celui-ci a auditionné des spécialistes du terrain et a concentré ses travaux sur l'intégration des femmes, des enfants et jeunes gens d'origine étrangère. En janvier 2006, un séminaire d'une journée a réuni plus de cent participant-e-s et a permis de dégager un certain nombre de mesures concrètes en la matière. Celles-ci sont présentes dans le papier d'intégration que le PS suisse adoptera courant 2006.

*Présidente: Vreni Hubmann
Secrétaire politique: Jean-Paul Ros,
jpros@pssuisse.ch*

6.6 Sozialpolitik

Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit; Forum für Behindertenfragen; Arbeitsgruppe Alter;
Arbeitsgruppe Drogenpolitik

Die **Fachkommission** stand bis zum plötzlichen Tod von Jost Gross (Nationalrat TG) im Mai 2005 unter dessen Leitung. Sein politisches Engagement und seine Arbeit in der Kommission haben wir alle sehr geschätzt. Christine Goll (Nationalrätin ZH) hat in der Folge das Präsidium ad interim wahrgenommen. Seit Ende 2005 wird die Fachkommission im Co-Präsidium von Silvia Schenker (Nationalrätin BS) und Stéphane Rossini (Nationalrat VS) geleitet. In der Berichtsperiode fanden acht Sitzungen statt; davon zwei gemeinsam mit dem Forum für Behindertenfragen zur Invalidenversicherung und eine gemeinsam mit der AG Alter zur Finanzierung der Pflege. Im ersten Berichtsjahr ist die Kommission, im Hinblick auf anstehende Gesetzesrevisionen, Themen sachlich breit und vertieft angegangen und hat dazu jeweils Expertinnen und Experten eingeladen. In der Sitzung zur Finan-

zierung der Pflege, vorbereitet von der Arbeitsgruppe Alter, beschäftigte sie sich mit dem Problem der Rationierung in der Alterspflege, informierte sich über Forschungsergebnisse zur Pflegebedürftigkeit und diskutierte Finanzierungsmodelle zur Pflege (insbesondere Untersuchungsergebnisse zur Erbschaftssteuer). Empfehlungen an die Politik aus dem Forschungsprojekt „Vom Menschen mit Behinderungen zur IV-Rentenbezügerin, zum IV-Renten-bezüger?“ und der Beitrag der Wirtschaft an die Integration behinderter Menschen waren weitere Themen die vertieft angegangen wurden. Die Kommission setzte sich auch mit den von einem Experten vorgebrachten Empfehlungen an die Politik für die Methodik der Evidence-based-Medicin auseinander und diskutierte im Vorfeld der Lancierung die Gewerkschaftsvolksinitiative „für ein flexibles AHV-Rentenalter“. Im zweiten Berichtsjahr befasste sich die Kommission mit laufenden Gesetzesrevisionen insbesondere mit den Vorlagen Spitalfinanzierung, Finanzierung der Pflege, Pa.lv. Fankhauser. Leistungen für Familien, NFA-Paket 2, Teil Sozialpoli-

tik sowie den Volksinitiativen „für gerechte Kinderzulagen“ und „sichere AHV (KOSA).

Das **Forum für Behindertenfragen** steht seit Beginn der Berichtsperiode unter der Leitung von Pascale Bruderer (Nationalrätin AG). Zusätzlich zu den gemeinsamen Sitzungen mit der Fachkommission Soziale Sicherheit und Gesundheit traf sich das Forum zu drei Sitzungen. Im Zentrum dieser Sitzungen standen die IV-Revision mit den Vorlagen IV-Verfahrensstraffung, materielle 5. IV-Revision und IV-Zusatzfinanzierung sowie die NFA-Vorlage (Paket 2), Teil Sozialbereich

(insbesondere IV-Rahmengesetz für die kollektiven IV-Leistungen IVEG). Im Forum wurden Vorbereitungsarbeiten für die jeweiligen Vernehmlassungen und die parlamentarische Kommissionsarbeit geleistet.

Die **Arbeitsgruppe Alter** steht unter der Leitung von Jasmin Blanc (SP-Mitglied aus dem Kanton Zürich). Die Arbeitsgruppe hat die Vorbereitung der Fachkommissionssitzung mit diversen Expertinnen und Experten zum Thema Finanzierung der Pflege organisiert und die inhaltliche Vorarbeit zur Vernehmlassungsantwort zur Revision des Ergänzungsleistungsgesetzes innerhalb der NFA-Paket 2-Vorlage erarbeitet.

Die **Arbeitsgruppe Drogenpolitik** wird von Ruth-Gaby Vermot (Nationalrätin BE) präsiert. In der Berichtsperiode hat keine Sitzung stattgefunden.

*Präsidium Fachkommission:
Silvia Schenker (Nationalrätin BS) und
Stéphane Rossini (Nationalrat VS)*

*Präsidium Form für Behindertenfragen:
Pascale Bruderer (Nationalrätin AG)*

*Präsidium Arbeitsgruppe Alter:
Jasmin Blanc (SP-Mitglied Kanton Zürich)
Politische Fachsekretärin: Christina Werder,
cwerder@spschweiz.ch*

*Präsidium Arbeitsgruppe Drogenpolitik:
Ruth-Gaby Vermot (Nationalrätin BE)
Politischer Fachsekretär: Jean-Paul Ros,
jpros@pssuisse.ch*

6.7 Staat und Recht

Séances : 3 à 4 par an, généralement le soir de jours de séances de la CAJ-N, vers 18h30.

1. Contenu général de l'ordre du jour :

- Informations générales (presse, JDS, manifestations nationales et internationales).
- Informations sur le travail parlementaire en cours.
- Discussion de fond sur un dossier prochainement examiné par le Parlement ou devant faire l'objet d'une prise de position du parti. En règle générale, un-e spécialiste est invité-e.

2. Thèmes traités durant la période 2005 – 2006 : points forts

- **Surveillance du Ministère public :** 2005 : Le sujet est encore d'actualité. Il fait suite aux velléités du conseiller fédéral Blocher de vouloir concentrer l'ensemble de la surveillance du ministère public sous l'égide du DFJP. La majorité de la commission s'est opposée à ce projet de surveillance du Ministère public de la Confédération estimant que la discussion intervenait de manière précipitée et en temps inopportun car cette discussion devrait être intégrée dans celle concernant le projet de code de procédure pénale unifiée. Ce projet pose le problème de la séparation de pouvoirs et donc de l'indépendance du MPC. La commission a estimé qu'il fallait refuser le contrôle politique d'une telle instance. Il est à craindre qu'une telle rupture dans la séparation des pouvoirs nuise à l'efficacité du MPC, et ce sous des couvertures d'économies.
- **Pédophilie :** 2005. La commission s'est intéressée aux diverses interventions parlementaires sur ce thème. Elle a estimé que des efforts peuvent encore être accrus en matière de lutte contre le risque de récidive des auteurs condamnés. Ces changements ne doivent bien sûr intervenir que dans le cadre du respect des droits de l'humain et de doivent pas remplacer les mesures thérapeutiques.
- **Révision des normes pénales concernant l'internement :** 2005. La commission a examiné le projet du DFJP intitulé « Correctifs en matière de sanctions et casier judiciaire ». Elle a approuvé quelques propositions mais a pris position contre la possibilité de prononcer des mesures d'internement a posteriori en

raison du fait qu'une telle possibilité de révision viole plusieurs principes du droit international et du droit pénal, dont celui de « ne bis in idem ».

- **Révision du droit des sociétés :** 2006 : Conjointement avec les membres de la commission « Finances et économie », la commission a pris connaissance des principaux points de la procédure de consultation. Des spécialistes de l'administration ont exposé les lignes du projet, Messieurs Kunz (UniBe) et Biedermann (Ethos) ont fait part de leurs appréciations, nuances et propositions. La commission a qualifié le projet de bon car il améliore la position des actionnaires et régit plus clairement leurs droits. Dans les sociétés privées, on institue un droit à être renseigné sur le montant des indemnités perçues par les membres de la haute direction. Le seuil d'exercice de certains droits des actionnaires est abaissé, notamment pour requérir l'institution d'un examen spécial, la convocation d'une assemblée générale ou l'inscription d'un objet à l'ordre du jour. La représentation de l'actionnaire par le dépositaire et par les organes de la société est supprimée. L'avant-projet veut aussi que les sociétés ouvertes au public instaurent des règles empêchant les administrateurs d'exercer une influence réciproque quant à la fixation de leurs honoraires. Les entreprises seront en outre autorisées à recourir à des médias électroniques pendant la préparation et le déroulement de l'assemblée générale. On uniformise en outre les règles comptables, ce qui devrait accroître la transparence et améliorer considérablement la protection des actionnaires minoritaires. On fait ainsi enfin droit à des revendications déposées en nombre par le PS depuis des années au niveau fédéral et qui s'avèrent fondamentale au niveau de la gouvernance d'entreprise depuis la révélation de plusieurs scandales retentissants.
- **Tribunal constitutionnel :** 2006 - Exposé des camarades Fonjallaz et Uebersax sur la question de la juridiction constitutionnelle, l'opportunité de l'étendre et proposition d'un modèle qui serait à deux niveaux, dont le contrôle serait préventif, abstrait, concentré, opéré par une institution indépendante saisie sur recours.

*Présidente: Susanne Leutenegger Oberholzer
Secrétaire politique: Jean-Paul Ros,
jpros@pssuisse.ch*

6.8 Umwelt, Energie und Raumplanung

Sitzungen 2004

Die Fachkommission tagte im Berichtsjahr vier Mal:

Im Zentrum der Sitzung vom *18. März 2004* stand die Haltung der SP zur Elektrizitätswirtschaftsordnung (ELWO). Dori Schaer-Born vertrat die Haltung der ExpertInnenkommission. Von Seiten der SP wurde Kritik geäussert, v.a. in Bezug auf die erneuerbaren Energien sowie die Frage der Versorgungssicherheit.

Weiter diskutiert wurden die CO₂-Abgabe und der „Klimarappen“. Die Fraktion gab eine Erklärung ab und reichte 1 Motion und 6 Interpellationen ein, die Fragen zur fehlenden gesetzlichen Grundlage des Klimarappens sowie zur Erhebung und Verwaltung von Steuern durch eine private Vereinigung stellten.

An der Sitzung vom *17. Juni 2004* wurde die Agglomerationspolitik diskutiert. Die Umsetzung der Aufträge aus dem Plattformpapier Agglomerationspolitik und der Agglomerationsverkehrstagung wurden im Sinne einer Zwischenberichterstattung in einem Dokument zusammengestellt.

In Bezug auf die Frage der Raumplanung im ländlichen Raum hielt die SP fest, dass sie eine eigene Strategie gegen die bürgerlichen Vorstösse erarbeiten wolle, um ihre Position gezielt und effektiv einbringen zu können.

In der Sitzung vom *23. September 2004* stand der Elektrizitätsmarkt im Zentrum. Die Stellungnahme der SP und die darin aufgestellten Forderungen – wie z.B. die kostendeckende Vergütung für die erneuerbaren Energien – wurden diskutiert. Die SP lehnt jegliche Marktöffnung ab. Auch im Falle einer Teilöffnung (>100 MWh) fordert sie ein fakultatives Referendum.

Zur Frage der Raumplanung wird ein Papier von Barbara Marty Kälin diskutiert, in welchem Ausgangslage, Position und Vorgehen für eine SP-Position skizziert sind. Für die SP stellen sich vor allem Fragen in Bezug auf das Bauen ausserhalb der Bauzone.

An der Sitzung vom *2. Dezember 2004* informierte Christoph Wenger vom Buwal über das Thema Industriebrachen. In der Schweiz schlummert ein Potenzial ungenutzter Industrieflächen von 17 Mio. Quadratmetern, dies zeigt ein Bericht, der auf Anregung von Susanne Leutenegger-Oberholzer erarbeitet wurde.

Matthias Manz orientierte über den Inhalt des Positionspapiers der Fachkommission Land-

wirtschaft zum Thema Landwirtschaft unter dem Gesichtspunkt der Raumplanung.

Michael Kaufmann, Vizedirektor BfE, orientierte über das Programm und die Ziele von EnergieSchweiz.

Zudem fand zur Vernehmlassung CO₂-Abgabe eine Diskussion statt.

2005

Auch in diesem Berichtsjahr tagte die Kommission vier Mal:

An der Sitzung vom *10. März 2005* wurde über das Stromversorgungsgesetz und die dazugehörige Botschaft diskutiert. Für die SP inakzeptabel ist, dass der Strommarkt nach dem Wunsch der bürgerlichen Kommissionsmehrheit in einem Schritt geöffnet werden soll.

In Bezug auf die Raumplanung wurde diskutiert, welches die Anforderungen an eine national koordinierte und nachhaltige Raumplanung sind. Dabei ging es insbesondere um Galmiz und die Frage, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Inputreferate von: Pierre-Alain Rumley, Direktor Bundesamt für Raumplanung, Ruedi Muggli, Rechtsanwalt sowie Raimund Rodewald, Geschäftsleiter Stiftung Landschaftsschutz Schweiz.

Am *9. Juni 2005* stand die Agglomerationspolitik im Zentrum der Sitzung: Grundlage bildete das Plattformpapier der SP Schweiz. Es fand eine Diskussion statt, die auch den Raumentwicklungsbericht des ARE einbezog.

Erneut wurde auch das Stromversorgungsgesetz diskutiert. Rolf Zimmermann informierte aus Gewerkschaftssicht: Am so genannten ELWO-Kompromiss (100-MW-Grenze und Referendumsmöglichkeit vor der 2. Etappe) muss festgehalten werden. Aus ökologischer Sicht steht die kostendeckende Vergütung für erneuerbare Energien im Zentrum.

Ebenfalls diskutiert wurde die Vernehmlassung zur Teilrevision des Raumplanungsrechts.

Am *29. September 2005* stand die Frage nach geeigneten, zukunftsfähigen politischen Strukturen im Zentrum, namentlich in Bezug auf die Agglomerationspolitik. Paul Schmuki, Mitglied des Zürcher Verfassungsrats, hielt ein Inputreferat zu den Erfahrungen des Zürcher Verfassungsrats zur Frage geeigneter politischer Strukturen und Entscheidungswege,

Chancen und Gefahren sowie Empfehlungen an die Politik.

Fritz Wegelin, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Raumplanung, sprach über den Zusammenhang von Raumplanung und politischen Entscheidungsstrukturen.

An der Sitzung vom 15. Dezember 2005 stand das Thema Energiepolitik im Zentrum. Das Perspektivpapier von Ruedi Rechsteiner „Unterwegs zur Vollversorgung mit erneuerbaren Energien – sicher und effizient umsteigen“ wurde intensiv und mitunter kontrovers diskutiert. In diesem Papier geht es um die Potenziale der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, die den Ausstieg aus der Atomenergie ermöglichen.

Weitere Aktivitäten 2004 und 2005

Arbeitsgruppe Atommüll

Die AG Atommüll wurde am 17. Juni 2004 unter der Leitung von Roger Biedermann eingesetzt. Auftrag der AG ist es, Grundlagen für die grundsätzliche Positionierung der SP sowie konkrete Vorschläge zu erarbeiten in Bezug auf die Atommülldiskussion. Zur Analyse der Ausgangslage gehören Sichtung und Wertung sämtlicher politischer Vorstösse betreffs Atommüllendlager auf Bundesebene. Was ist der Grundtenor; wer vertritt welche Standpunkte und Vorschläge? Weiter interessieren die rechtlichen Grundlagen und die Klärung der Frage, wer die AkteureInnen sind in der Endlagerfrage sowie die Analyse der Option Inlandlösung vs. Auslandlösung. Die Arbeitsgruppe traf sich zu mehreren Sitzungen.

Arbeitsgruppe Langsamverkehr

Die AG Langsamverkehr, deren Mandat in der Sitzung der Fachkommission Verkehr und Fernmeldewesen vom 15. Juni 2004 verabschiedet wurde, tagte mehrere Male unter der Leitung von Barbara Marty Kälin. Ziel ist es, den so genannten Langsamverkehr, also den Fuss- und Veloverkehr, nachhaltig in der Politik zu verankern. Die Arbeitsgruppe hat eine Matrix mit dem Titel *Massnahmen – Matrix zur Förderung des Langsamverkehrs (LV)* im Sinne eines Arbeitsinstruments erarbeitet, das PolitikerInnen auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde in Exekutiven und Legislativen einen Überblick sowie konkrete Handlungsanweisungen geben soll.

Download der Matrix unter: http://al.sps.ch/data/Pospap-d/2006-02-02_%20Massnahmen-Matrix-zur-Foerderung-des-Langsamverkehrs.pdf

Präsidentin: Barbara Marty Kälin (seit Dezember 2002)

Politische Fachsekretärin bis März 2004: Bettina Gisler

Politische Fachsekretärin seit 16. August 2004

Chantal Gahlinger, cgahlinger@spschweiz.ch

6.9 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Die Kommissionsarbeit war im Berichtsraum stark von der Arbeit am neuen Wirtschaftskonzept geprägt. Die Fachkommission spielte dabei eine tragende Rolle: Weitgehend aus ihr wurden die Arbeitsgruppen und Kapitelverantwortlichen für die 26 Kapitel rekrutiert, und sie beriet einen ersten Entwurf des Wirtschaftskonzepts an zwei ganztägigen Sondersitzungen (22. und 29. Oktober 2005). Der Entwurf wurde zudem in einem Panel mit „ausenstehenden“ WirtschaftsexpertInnen besprochen (21. Oktober 2005). Neben einer

Auftakttagung (26. Februar 2005) wurden zwei Spezialtagungen zu den Themen Ökologie und Ökonomie (24. September 2005) bzw. Gender-Ökonomie (5. November 2005) durchgeführt. Das Co-Präsidium der Fachkommission und der Fachsekretär bildeten die Projektleitung, die – ergänzt mit den Wirtschaftsfachleuten Beat Bürgenmeier, Matthias Meyer und Renate Salzgeber Welti als Steuerungsausschuss fungierten. Wegen des aktivierten Interesses an Wirtschaftspolitik konnten für die Fachkommission neue Mitglieder gewonnen werden. Nur schon vom innerparteilichen

Prozess her ist das neue Wirtschaftskonzept deshalb ein voller Erfolg.

Neben dieser grossen Herausforderung behandelte die Kommission weitere spannende Themen:

Revision der Schweizerischen Exportrisikogarantie ERG, neu SERV (Vernehmlassungsantwort, mit Peter Silberschmidt, Direktor ERG, Daniel Oesch, SGB, NR Remo Gysin). Neue Regionalpolitik (Vernehmlassungsantwort, mit Philippe Jeanneret, seco, NR Didier Berberat). Unternehmensbesteuerung, Unternehmenssteuerreform II (mit Angelo Digeronimo, Eid-

genössische Steuerverwaltung). Preiskampf – Vor- oder Nachteil für die Bevölkerung? (mit Aymo Brunetti, seco, Rudolf Strahm, Preisüberwacher, NR André Daguét). Ist die 2.Säule eine Wachstumsbremse und eine wirtschaftspolitische Zeitbombe? (mit Olivier Brunner-Patthey, Bundesamt für Sozialversicherung, Ambros Lüthi, emeritierter Professor Universität Freiburg, Serge Gaillard, SGB).

Präsident: Rudolf Strahm (bis 2004)

Co-Präsidium: Susanne Leutenegger Oberholzer und Jean-Noël Rey (ab 2005)

*Politischer Fachsekretär: Matthias Manz,
mmanz@spschweiz.ch*

6.10 Wissenschaft, Bildung und Kultur

Die Fachkommission tagte vier Mal pro Jahr. Sie behandelte folgende Themen, jeweils mit externen ExpertInnen:

Reform der Sekundarstufe II. Visionen des vpod (Willy Nabholz, Zürich), Legislaturplanung 2004-2007 im Bereich Wissenschaft, Bildung, Kultur (NR Pascale Bruderer). Vernehmlassungsantwort zum Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung (Hans Zbinden, ehem. NR AG; Jean-François Steiert, Generalsekretariat Bildungsdirektion VD). Kulturförderung des Bundes: welche Perspektiven? (David Streiff, Direktor des Bundesamts für Kultur; Yvette Jaggi, Stiftungsratspräsidentin Pro Helvetia; Jris Bischof, Vertreterin der Kulturschaffenden). Die Hochschulreform und ihre soziale Dimension. Studiengebühren, Stipendien (Stephan C. Wolter, Direktor Schweiz. Koordinationsstelle für Bildungsforschung; Hans-Peter Wessels, Uni Basel; Rahel Imobersteg / Nils Heuberger, Juso; NR Géraldine Savary). Gender-Aspekte in der Bildung (Silvia Grosenbacher, StV Direktorin der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung; Martine Chaponnière, Expertin im Nationalfondsprojekt 43). Hochschulpolitik. Gespräch mit dem ETH-Rats-Präsidenten (Prof. Alexander Zehnder), Hochschulpolitisches Positionspapier der SP Schweiz (SR Anita Fetz).

Mitte 2005 wechselte die Verantwortung für die Fachkommission von Matthias Manz zu Chantal Gahlinger.

An der Sitzung vom 4. Oktober 2005 stand die Vernehmlassung zum Kulturförderungs- und zum Pro Helvetia-Gesetz im Zentrum. Andrea Raschèr, Bundesamt für Kultur, präsentierte die Eckpunkte des Gesetzes. Dieses macht die Kulturförderung zu einer ausdrücklichen Aufgabe des Bundes und ermöglicht eine bundesstaatliche Kulturförderung. Pius Knüsel, Direktor der Schweizer Kulturstiftung Pro Helvetia, ging in seinen Ausführungen auf das Pro Helvetia-Gesetz und dessen Stärken

und Schwächen ein. Vreni Müller-Hemmi und Anita Fetz äusserten sich aus politischer Sicht zu den beiden Gesetzesentwürfen und gaben ihre Einschätzung und Empfehlungen ab.

An der Sitzung vom 13. Dezember 2005 standen die 12 Bildungsthesen der SP Schweiz im Zentrum. Liselotte Lüscher erläuterte ihre Auswertung der Vernehmlassung bei den SP-Sektionen zu den 12 Bildungsthesen und es fand eine Diskussion statt. Olivier Maradan, stellv. Generalsekretär der EDK, präsentierte das Projekt HarmoS und dessen Ziele. Hans Zbinden gab in seinem Referat einen Ausblick über das Schweizer Bildungswesen und legte dar, wie sich die Entwicklungen aus seiner Sicht gestalten (sollten).

Anlässe im Rahmen von „Kultur & Politik“ wurden in den Berichtsjahren mit folgenden Künstlern im Käfigturm bzw. im PROGR (Zentrum für Kulturproduktion, Bern) durchgeführt

17. März 2004:

Martin R. Dean, Schriftsteller und Publizist

15. Dezember 2004:

Urs Widmer, Schriftsteller/Theaterautor

09. März 2005:

Thomas Hirschhorn, Künstler

Präsident: Hans Widmer

Politischer Fachsekretär bis Juni 2005: Matthias Manz, mmanz@spschweiz.ch

Politische Fachsekretärin ab Juni 2005: Chantal Gahlinger, cgahlinger@spschweiz.ch

6.11 Verkehrspolitik

Sitzungen 2004

Die Kommission tagte im Berichtsjahr vier Mal:

An der Sitzung vom 16. März 2004 wurde die Frage „Wie weiter nach Avanti?“ behandelt.

Eine Tour d'horizon durch die künftige SP-Verkehrspolitik und Beschlüsse für deren Umsetzung waren die Hauptthemen der Sitzung. Hans Werder, Generalsekretär UVEK, informierte aus Sicht des UVEK. Im Zentrum der Diskussion in der

Fachkommission standen Fragen zum Agglomerationsverkehr.

Weiteres Thema der Sitzung war Bahn2000.

An der Sitzung vom *15. Juni 2004* sprach Peter Fischer, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Kommunikation, zum Thema „Entwicklungen der Telekommunikationstechnologien, Trends und Herausforderungen für die Politik“. Er referierte zu sechs Hauptentwicklungstrends und den besonderen Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Der Handlungsbedarf für die Politik wurde vor allem in folgenden Bereichen deutlich: Gesundheitsschutz, KonsumentInnenschutz, soziale und regionale Aspekte (Service public), Revisionen von RTVG und FMG.

An der Sitzung vom *29. September 2004* ging es um die Verkehrsfinanzierung und das Entlastungsprogramm. Die Streichung der Rückerstattung der Mineralölsteuer trifft den öV fundamental. Die Fachkommission hielt fest, dass sich die Partei für eine konsequente Position zugunsten des öV einsetzen muss.

Es lag ein Bericht der Arbeitsgruppe Verkehrsfinanzierung vor mit dem Titel „Ziele und Finanzierung einer nationalen Politik zur Förderung des öffentlichen Verkehrs“. Zusammenfassend ging es darum, dass die SP einen Kontrapunkt zu „Dopo-Avanti“ setzen und eine Verlagerung der grossen Verkehrsströme auf den öffentlichen Verkehr anvisieren muss.

An der Sitzung vom *14. Dezember 2004* wurde zum Stand der parlamentarischen Diskussion FinöV, HGV, Finis und Neat informiert und diskutiert.

Die Studie „Volkswirtschaftliche Bedeutung des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz“ (VöV Schriften 05) wurde von Hans-Kaspar Schiesser, VöV, vorgestellt. Die Studie stellt für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs vertiefte qualitative und quantitative Grundlagen zusammen. Fazit: Der öffentliche Verkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Ebenfalls Thema war das FMG. Die SP war immer gegen Liberalisierungsschritte auf der letzten Meile. Ebenfalls diskutiert wurde das Road pricing.

2005

Im Berichtsjahr 2005 tagte die Kommission ebenfalls vier Mal:

In der Sitzung vom *15. März 2005* präsentierte Peter Vollmer die Finanzierung des öV und fokussierte dabei vor allem auch auf die Beiträge von Bund/Kantonen/Gemeinden. Paul Romann erläuterte ebenfalls die Mechanismen der Finanzierung des öffentlichen Ver-

kehrs und Hans-Kaspar Schiesser sprach über die Zusatzfinanzierung öV/Strasse für die Jahre 2011 bis 2026.

Oswald Sigg informierte über die aktuelle Situation der SRG.

An der Sitzung vom *14. Juni 2005* ging es um die künftige Finanzierung der Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs. Mögliche Massnahmen und Lösungen wurden präsentiert und Finanzierungsmodelle diskutiert. Die Fachkommission schlug eine einstweilige Konzentration auf den Infrastrukturfonds vor, um zu überprüfen, wie dieser ausgestaltet ist.

Hans-Kaspar Schiesser gab einen Überblick über das „Güterverkehrsgesetz“. Die Fachkommission hielt fest, dass die SP das Ziel, bis 2009 die Anzahl Lastwagen auf 650'000 pro Jahr zu reduzieren, weiterhin fordern müsse.

Evi Allemann informierte über den aktuellen Stand des Dossiers Road Pricing.

In Bezug auf das RTVG und das FMG wurde eine Übersicht über die Entscheide und politische Konsequenzen gegeben und diskutiert.

In der Sitzung vom *4. Oktober 2005* hielt Matthias Ramsauer, stv. Direktor BAKOM, ein Referat zum Thema Entwicklungen im Telekommunikations- und Medienbereich. Es ging dabei um zu erwartende technologische Entwicklungen (Voice over IP, DAB, DVB...) und deren Auswirkung auf das Medienverhalten, die KonsumentInnen, den Service public und die demokratische Mitsprache. Matthias Nast, Stiftung für KonsumentInnenschutz, ging ebenfalls auf die technologischen Entwicklungen ein und konzentrierte sich dabei auf die Thematik der Internettelefonie. Es wurde deutlich, dass der politische und gesellschaftliche Diskurs, wie mit diesen Technologien umgegangen werden soll, intensiviert werden muss.

Eine weitere kurze Diskussion fand zum Thema Bahnreform II statt.

An der Sitzung vom *13. Dezember 2005* stand SBB-Cargo im Zentrum. Daniel Nordmann, Chef SBB Cargo, präsentierte die aktuelle Situation und Lösungsmöglichkeiten aus seiner Sicht. Pierre-Alain Gentil, Präsident SEV, gab eine Einschätzung aus Sicht des SEV ab und präsentierte Lösungsansätze.

Die Einschätzungen sowohl bezüglich Vorgehen als auch bezüglich möglicher Lösungsansätze wurden unterschiedlich beurteilt und die Diskussion verlief kontrovers.

Paul Romann präsentierte mögliche langfristige Optionen im Bereich Güterverkehr.

Weitere Aktivitäten 2004 und 2005

AG Medien

Die Kommission setzte am 14. Dezember 2004 die Arbeitsgruppe Medien gemäss diskutiertem Konzept ein. Präsident der AG ist Jacques Favre. Die Arbeitsgruppe tagte jeweils während der Sessionen.

AG Verkehrsfinanzierung

Die Arbeitsgruppe tagte mehrere Male. Hans Flury ist Leiter der Arbeitsgruppe.

Präsident: Peter Vollmer

Politische Fachsekretärin bis März 2004: Bettina Gisler

Politische Fachsekretärin seit 16. August 2004:

Chantal Gahlinger, cgahlinger@spschweiz.ch

8. Internationales Sekretariat

Die SP Schweiz verstärkte in der Berichtsperiode ihr Bestreben, trotz beschränkter Ressourcen ihre internationale Vernetzung zu vertiefen und innerhalb der Partei besser zu verankern. Es wurde eine Übersicht über die in der Fraktion und der Partei vorhandenen Kompetenzen in internationalen Fragen und die regelmässig wahrgenommenen internationalen Kontakte erarbeitet. Diese und alle anderen international Interessierten der Partei erhielten acht Ausgaben des neu lancierten "International Newsletter", mit dem per Email Berichte von Delegierten der SP Schweiz im Ausland sowie weitere wichtige Dokumente über die internationale Vernetzung der Partei intern verbreitet werden.

Die engsten Beziehungen pflegte die SP Schweiz auf internationaler Ebene zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Neben der Mitwirkung im Vorstand und dem Koordinationsteam der Internationalen SekretärInnen war die SP Schweiz an Seminaren der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament vertreten und arbeitete im Koordinationsteam der SPE-Frauen, dem Netzwerk der SPE zur Erarbeitung einer erneuerten Lissabon-Strategie und dem Diskussionsprozess für ein Neues europäisches Sozialmodell mit. Eine regelmässige Mitarbeit erfolgte auch in der Union der SP Kommunal- und RegionalpolitikerInnen und der Föderation der Pensionierten der SPE, der European Senior Organization (ESO).

In der Sozialistischen Internationale nahm die SP Schweiz an den Rattreffen vom November 2004 in Johannesburg und vom Mai 2005 in

Tel Aviv und Ramallah teil. Ferner wirkten im Januar 2004 eine grössere Delegation der SP Schweiz und der Fraktion am Weltsozialforum in Bombay und im September 2005 am Treffen des Globalen Progressiven Forums in Mailand mit. Die SP Schweiz pflegte zudem den Kontakt zu den grossen Schwesterparteien in Europa; so war sie – teilweise mehrfach – an den Kongressen der Schwesterparteien in Frankreich, Deutschland, Italien, Gross-

britannien, Griechenland, Spanien, Dänemark und Norwegen vertreten.

In der Schweiz konnte die SP am Parteitag vom Oktober 2004 in Brig eine grössere Anzahl internationaler Gäste begrüssen und einem Vertreter der Sahraouis (Front Polisario) das Wort erteilen. EU-Kommissar Günter Verheugen wandte sich im November 2005 an die Delegiertenversammlung in Bern. Im August 2004 und 2005 organisierte die SP erstmals Treffen zwischen der Parteileitung und den Schweizer Botschaftern und Botschafterinnen, die bei der SP Mitglied sind. Die SP hatte entscheidenden Anteil am Aufbau einer Parlamentarischen Gruppe für kurdische Beziehungen und einer Parlamentarischen Gruppe Osteuropa. Zudem führte die SP Fraktion im November 2004 mit drei Gästen aus Israel und Palästina zum Thema "Palästinaflüchtlinge und die Rolle der Schweiz" ein Hearing zum Rückkehrrecht durch. Die SP wirkte – gemeinsam mit Präsenz Schweiz – am Empfang einer Delegation türkischer Bür-

germeister von der Schwesterpartei CHP in der Schweiz mit und pflegte vielfältige Kontakte mit VertreterInnen von Schwesterparteien in der Schweiz, so von der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) im Irak, der Demokratischen Partei Kurdistans (PDK) im Iran, dem Vereinigungskomitee der kurdischen Parteien in der Schweiz, der République Arabe Sahraouie Démocratique/Front Polisario, der Meretz-Yachad-Partei von Yossi Beilin in Israel, der Parti pour la Démocratie et le Progrès/Parti Socialiste (PDP/PS) in Burkina Faso und der Partido Socialista del Uruguay. Von dieser

Partei übernahm die SP Schweiz zudem den Mitgliederbeitrag für das Jahr 2004 an die Sozialistische Internationale in der Höhe von 6800 Franken.

*Internationaler Sekretär: Peter Hug,
phug@spschweiz.ch (seit 16. August 2004;
bis März 2004: Andrea König)*

9. Parteiinterne Bildung

Im Jahr 2004 konnte das von der GL verabschiedete Bildungskonzept nicht vollumfänglich umgesetzt werden. Hauptgrund dafür war das Ausscheiden von Christine Müller, der für die Bildung verantwortlichen Mitarbeiterin im Zentralsekretariat, im Januar 2004.

Koordinationskonferenzen

Im Jahr 2004 fanden 2 Koordinationskonferenzen statt. 2005 waren es deren 3 (eine ausserordentliche). Die ordentlichen Konferenzen waren aufgeteilt in einen Bildungsteil zu aktuellen Abstimmungsvorlagen und einen zweiten Teil mit weiteren Themen, zum Beispiel den Projekten Fundraising und AdMo (neue Adressverwaltung). Die Koordinationskonferenzen sind wichtige Veranstaltungen für die gegenseitige Vernetzung.

Exekutivtagung

2005 fand die erste Exekutivtagung nach einem neuen Konzept statt: Tagungsort war das Hotel Flora Alpina in Vitznau, wo sich die SP-Mitglieder der Exekutiven der Kantone und grossen Städte am 26. August und am 27. August 2005 trafen. Im Beisein von Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger, von Partei- und Fraktionsspitze diskutierten die über 20 teilnehmenden Exekutivmitglieder drei Schwerpunktthemen: „Regierung - Partei - Medien - die Kollegialität und ihre Grenzen“, „Zusammenarbeit Exekutivmitglieder - SP Schweiz, Massnahmen“ und „Die Rolle der Kantone in der Aussenpolitik“.

Treffen der KantonalsekretärInnen

Ein Treffen hat am 25. Oktober 2005 in Bern stattgefunden. Es haben 27 VertreterInnen aus 21 Kantonen teilgenommen. Hauptthema war die Vorbereitung der Wahlen 2007.

Management-Ausbildung für ParteifunktionärInnen

Die von der SP Schweiz gemeinsam mit dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, Movendo organisierte Ausbildung für KantonalsekretärInnen und interessierte MandatärInnen hat am 23. September 2005 begonnen und dauert bis im Juni 2006. An der Ausbildung nehmen 21 Personen aus der Deutschschweiz und der Romandie teil.

Tagungen 2005 zu aktuellen Themen

Schengen / Dublin und Freizügigkeitsabkommen

Die Tagung fand am 22. Januar in Bern statt. Es haben 27 Personen teilgenommen.

„Wehrpflicht zur Debatte“

Die Tagung fand am 21. Januar statt. Es haben über 60 Personen teilgenommen.

„Umstieg in erneuerbare Energien – so ersetzen wir die Atomkraftwerke!“

Die Tagung hat am 12. November in Basel stattgefunden, es haben über 100 Personen teilgenommen.

Veranstaltungen zur Erneuerung des Wirtschaftskonzeptes der SP Schweiz

Zur Erneuerung des Wirtschaftskonzeptes fanden insgesamt drei Veranstaltungen statt::

Auftakt-Tagung vom 26. Februar in Bern mit insgesamt 120 TeilnehmerInnen.

Spezialtagung zum Thema „Ökologie und Ökonomie“ am 24. September in Biel mit über 40 TeilnehmerInnen.

Spezialtagung „Gender Ökonomie“ am 5. November in Olten mit knapp 50 TeilnehmerInnen.

Zusammenarbeit SP und Movendo

Mit der gemeinsamen Organisation der Managementausbildung für die ParteifunktionärInnen durch die SP Schweiz und Movendo hat sich die konkrete Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen intensiviert und auch bewährt.

SP-Frauen

Die SP-Frauen Schweiz haben im Jahr 2005 insgesamt vier Bildungsveranstaltungen durchgeführt:

Partei + Politik / Europa

Veranstaltung vor allem für Neumitglieder am 09. April

Elegant und kompetent

Rhetorikseminar am 20. August

Filmmatinée Sottosopra

Veranstaltung gemeinsam mit den Juso-Frauen am 21. Mai

Spiele statt Spielchen

Strategieseminar am 22. Oktober

stv. Generalsekretärin: Katrin Scheidegger-Ogi, kscheidegger-ogi@spschweiz.ch

10. MitarbeiterInnen im Zentralsekretariat**Stabstellen**

Blaser Markus	Projektleiter Admo	15 %	seit Juni 2004
Godat Saladin Claudine	Mediensprecherin	80 %	seit September 2005
Gamma Reto	Projektleiter Fundraising	80 %	Oktober 2005
Scheidegger-Ogi Katrin	Zentralsekretärin SP Frauen/ Stv. Generalsekretärin	80 %	seit Januar 2002
Straubhaar Ruth	Direktionsassistentin	90 %	seit August 2004

Abteilung Politik

Christen Thomas	Generalsekretär	100 %	seit Oktober 2005
Gahlinger Chantal	Politische Fachsekretärin	100 %	seit August 2004
Hug Peter	Politischer Fachsekretär	90 %	seit August 2004
Loembe Verena	Sekretärin Fraktion	70 %	seit Februar 2005
Manz Matthias	Politischer Fachsekretär	90 %	seit September 2000
Maurer Petra	Sekretärin Fraktion	80 %	seit Januar 1999
Ros Jean-Paul	Politischer Fachsekretär	80 %	seit März 2001
Werder Christina	Politische Fachsekretärin	80 %	seit März 2000

Kampagnen & Kommunikation

Lauener Peter	Abteilungsleiter/Stv. Generalsekretär	100 %	seit Januar 2006
Bertrand Yves	Projektleiter Internet / EDV Support	80 %	seit April 2005
Blaser Markus	Chefredaktor Rote Revue	30 %	seit Januar 2004
Bolliger Monika 2002	Assistentin Kampagnen & Kommun./SP Frauen	80 %	seit August
Galladé Nicolas	Mitarbeiter Kampagnen & Kommunikation 2003	80 %	seit Mai
Gentil Jean-Yves ar 2003	Stv. Mediensprecher Chefredaktor socialiste.ch/Stv. Mediensprecher	70 %	seit Febru-
Küchler Katrin	Chefredaktorin links.ch	50 %	seit März 2004
Scheidegger-Ogi Katrin 2002	Projektleiterin Kampagnen&Kommunikation	40 %	seit Januar
NN	PraktikantIn	100 %	seit März 2004

Abteilung Finanzen / Personal / Administration

Siegfried Leni	Abteilungsleiterin/Stv. Generalsekretärin	100 %	seit Juni 2001
De Andrade Sormani	Kanzleimitarbeiter	50 %	seit Oktober 1998
Blust Katja	Kanzleimitarbeiterin	40 %	seit Juli 2003
Bürki Rosmarie	Kaufm. Mitarbeiterin	20 %	seit Juni 2004
Fehlmann Patrick	Kaufm. Mitarbeiter	100 %	seit April 2002
Genovese Domenica	Kanzleimitarbeiterin	40 %	seit Mai 2002
Garius David	Lehrling (3. Jahr)	100 %	seit August 2003
Rauchenstein Lea	Lehrfrau (1. Jahr)	100 %	seit August 2005

Total beschäftigen Partei und Fraktion 27 Personen (inkl. Lehrpersonal & PraktikantInnen, die sich in 22 Vollzeitstellen teilen. Rund 15 Vollzeitstellen werden durch die Partei finanziert, 7 durch die Fraktion. Die Zentralsekretäre der JUSO Schweiz laufen ebenfalls über die Parteirechnung.

11. Mitgliederstatistik

Kanton	199	199	199	199	199	200	2001	200	200	200	200	Veränderung		Veränderung		Veränderung		Veränderung	
	5	6	7	8	9	0		2	3	4	5	01-02	%	02-03	%	03-04	%	04-05	%
Aargau	313 8	310 1	302 8	300 5	292 2	285 4	276 6	272 3	260 1	253 5	254 3	-43	-1.55%	-122	-4%	-66	-2.54%	8	0.31%
Appenzell	170	161	155	155	155	159	199	186	182	187	214	-13	-6.53%	-4	-2%	5	2.75%	27	12.62%
Baselland	155 0	151 6	149 3	147 0	145 9	145 9	141 2	135 9	134 8	137 4	142 3	-53	-3.75%	-11	-1%	26	1.93%	49	3.44%
Baselstadt	947	950	945	927	915	936	948	932	906	869	908	-16	-1.69%	-26	-3%	-37	-4.08%	39	4.30%
Bern	105 80	102 70	997 1	974 2	944 1	914 8	876 1	856 6	837 4	828 7	828 5	-195	-2.23%	-192	-2%	-87	-1.04%	-2	-0.02%
Freiburg	814	862	942	943	980	963	961	900	919	886	744	-61	-6.35%	19	2%	-33	-3.59%	-142	-19.09%
Genève	799	730	760	773	808	855	863	863	765	810	767	0	0.00%	-98	-11%	45	5.88%	-43	-5.61%
Glarus	221	230	228	231	232	222	221	215	220	214	216	-6	-2.71%	5	2%	-6	-2.73%	2	0.93%
Graubünden	586	554	558	568	574	568	635	626	631	609	600	-9	-1.42%	5	1%	-22	-3.49%	-9	-1.50%
Jura	611	455	449	468	527	514	480	489	500	493	486	9	1.88%	11	2%	-7	-1.40%	-7	-1.44%
Luzern	842	815	808	816	816	855	869	836	816	791	831	-33	-3.80%	-20	-2%	-25	-3.06%	40	4.81%
Neuenburg	107 1	107 1	109 8	109 9	102 0	964	100 5	887	875	871	970	-118	- 11.74 %	-12	-1%	-4	-0.46%	99	10.21%
Nidwalden	24	35	42	42	45	51	42	44	43	42	41	2	4.76%	-1	-2%	-1	-2.33%	-1	-2.44%
Obwalden**	0	0	0		111	109	108	127	149	149	152	19	17.59 %	22	17%	0	0.00%	3	1.97%
St. Gallen	160 9	165 5	165 1	167 4	164 0	163 3	165 2	159 6	160 0	161 1	163 1	-56	-3.39%	4	0%	11	0.69%	20	1.23%
Schaffhausen	824	800	788	761	720	699	674	651	641	638	650	-23	-3.41%	-10	-2%	-3	-0.47%	12	1.85%
Schwyz	412	398	410	407	382	397	398	398	407	440	445	0	0.00%	9	2%	33	8.11%	5	1.12%
Solothurn	301 1	300 2	281 3	284 2	279 2	274 4	265 2	265 9	262 2	249 6	244 6	7	0.26%	-37	-1%	-126	-4.81%	-50	-2.04%
Tessin	147 4	166 3	179 2	175 7	165 5	169 4	169 4	166 0	155 9	149 1	145 5	-34	-2.01%	-101	-6%	-68	-4.36%	-36	-2.47%
Thurgau	858	877	852	849	821	785	748	753	731	735	743	5	0.67%	-22	-3%	4	0.55%	8	1.08%
Uri	190	182	183	182	184	187	197	194	188	184	184	-3	-1.52%	-6	-3%	-4	-2.13%	0	0.00%
Vaud	210 7	205 2	195 8	204 5	206 8	198 0	191 7	180 5	180 4	177 7	170 0	-112	-5.84%	-1	0%	-27	-1.50%	-77	-4.53%
Valais	576	571	571	498	558	576	574	625	609	619	594	51	8.89%	-16	-3%	10	1.64%	-25	-4.21%
Oberwallis*	166	166	173	183	213	245	261	253	256	261	253	-8	-3.07%	3	1%	5	1.95%	-8	-3.16%

Zug	271	273	257	253	249	240	228	230	240	238	244	2	0.88%	10	4%	-2	-0.83%	6	2.46%
Zürich	615	602	589	582	585	583	571	557	552	548	566	-140	-2.45%	-50	-1%	-42	-0.76%	180	3.18%
	9	9	3	1	5	0	3	3	3	1	1								
Schweiz	390	384	378	375	371	366	359	351	345	340	341	-828	-2.30%	-641	-2%	-421	-1.22%	98	0.29%
	10	18	18	11	42	67	78	50	09	88	86								

FR 2002/2003/2004: keine Bereinigung

16.12.2005 Patrick Fehlmann, pfehlmann@spschweiz